



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0139/2022		Datum: 28.04.2022	
Dezernat 2			
Verfasser:	70-EB "Kommunaler Servicebetrieb Koblenz"	Az.:	
Betreff:			
Photovoltaikanlagen am Zentralen Betriebshof			
Gremienweg:			
22.06.2022	Werkausschuss "Kommunaler Servicebetrieb Koblenz"	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	ohne BE abgesetzt geändert

Unterrichtung:

Der Werkausschuss nimmt Kenntnis davon, dass die wirtschaftlichen, technischen und betrieblichen Rahmenbedingungen zum Bau und zur Errichtung von Photovoltaikanlagen am Zentralen Betriebshof derzeit untersucht werden.

In den letzten Jahren wurden durch den Betrieb mehrere PKW und Nutzfahrzeuge mit batterieelektrischem Antrieb beschafft und die dafür notwendige Ladeinfrastruktur am Zentralen Betriebshof errichtet. Durch die Vorgaben des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes ist absehbar, dass in den kommenden Jahren der Bestand an elektrisch motorisierten Fahrzeugen weiter wachsen und damit auch der Bedarf an Ladestrom weiter steigen wird. Derzeit wird sowohl der Ladestrom, als auch der Strombedarf der am Zentralen Betriebshof eingesetzten Anlagentechnik (z.B. die zur Wärme- und Kälteversorgung eingesetzten Wärmepumpen) konventionell aus dem Netz des Energieversorgers bezogen.

Zur Umsetzung der klimapolitischen Zielsetzungen von Bund, Land und Stadtrat strebt die Werkleitung an, die Abhängigkeit von fossil erzeugter Primärenergie möglichst zeitnah zu reduzieren, gleichzeitig die CO₂-Emissionen weiter zu mindern und sowohl den Ladestrom für die Fahrzeuge, als auch den für den Anlagenbetrieb des Zentralen Betriebshofs erforderlichen Strom künftig durch eigene Photovoltaikanlagen weitgehend selbst zu erzeugen.

Um die hierfür notwendige Planungssicherheit zu erlangen, wurde mit Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes eine Machbarkeitsstudie beauftragt, die die wirtschaftlichen, technischen und betrieblichen Rahmenbedingungen des Vorhabens untersucht. Nach Abschluss der Studie werden die Ergebnisse dem Werkausschuss zur Beratung vorgestellt.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Es wird erwartet, dass sich aus den Ergebnissen der Studie positive Beiträge zum Klimaschutz ableiten lassen.